

Noch in dieser Ausgabe:

Kommentar: Sponsoring	S. 3	Folge der Privatisierung	S.11
Weddinger Kinder sind nicht dümmer	S. 4	Für besseres Leben im Bezirk	S.12
Ursache und Wirkung	S. 5	linksjugend „Roter Wedding“	S.13
Am Trog betrogen	S. 6	Denkmale im Wedding: Das Krematorium	S.14
Geld stinkt nicht - oder doch?	S. 10	Veranstaltungen und Bürgerangebote	S.16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Neue Bürgerplattform baut auf Vertrauen und Verstehen

Wir mischen künftig mit

Nach dreijähriger Vorbereitungszeit wurde in den Bezirken Wedding und Moabit ein Stück Geschichte geschrieben. In der Universal Hall in Moabit fand am 25. November die Gründungsveranstaltung einer künftigen Bürgerbewegung statt.

Über 1000 Menschen aus 40 Vereinen, Initiativen und Gruppen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Nationen kamen unter dem Motto „Wir sind da“ zusammen und signalisierten der Politik vor Ort, dass sie diese künftig kritisch begleiten, mitgestalten und auf gleicher Augenhöhe verhandeln wollen.

Das neue Bündnis ist ein gemeinsames Werk aller Beteiligten auf Basis des gegenseitigen „Vertrauens und Verstehens“.

An diesem Abend wurde der Grundstein für die

größte Bürgerplattform in Deutschland gelegt. Alleine durch das Entstehen dieser Plattform,



die in ihrer Zusammensetzung bunter und vielfältiger nicht sein könnte, wurde den anwesenden Politikern das Exempel statuiert, dass praktische Integration und demokratische Partizipation durchaus möglich sind und dass Menschen unterschiedlichster Nationen friedlich und gleichberechtigt zusammenarbeiten können.

Die Bürgerplattform wird von zahlreichen Weddinger und Moabiter Unternehmen gesponsert. Eine der obersten Prämissen ist jedoch, unabhängig zu agieren. Sponsoren oder Politiker haben keinerlei Einfluss auf die Arbeit und Zielsetzungen der Plattform.

Unter den prominenten BesucherInnen, waren: Dr. Christian Hanke, Bezirksbürgermeister Mitte (SPD), Cem Özdemir, Bundesvorsitzender Bündnis '90/Die Grünen, Günter Piening, Beauftragter für Migration und Integration, Prof. Dr. Barbara John, Evelyn Fischer, Intendanz Deutsche Welle, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Rektor der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Burhan Kesici, Islamische Föderation, Ismet Misirlioglu, Islamic Relief, Aiman Mazyek, Zentralrat der Muslime, Hayri Yasar, Attaché DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.), Neil Jameson, Executive Director von „London Citizens“, Thomas Lenz, Lead Organizer von Lake County United aus Chicago (USA), Ines Schilling von der Bürgerplattform Berlin Schöneweide u. v. m.

Es liegt ohne Zweifel noch ein langer Weg vor den Akteuren, denn erst jetzt beginnt die



eigentliche Arbeit. Die Themen Jobcenter, Bildung und Gestaltung des öffentlichen Raumes brennen vielen BürgerInnen auf den Nägeln und sind die ersten Schwerpunkte, mit denen sich die Bürgerplattform beschäftigen und versuchen wird, Verbesserungen zu bewirken. Ein Strategieteam und ein Kernkreis, an dem Vertreter aller Vereine mitwirken, werden die aktive Arbeit planen und koordinieren.



Mit 14 Personen gehören wir ebenfalls zur Bürgerplattform, waren am 25.11. - sozusagen - live bei der Gründungsveranstaltung dabei.

Wir wünschen uns und der Bürgerplattform einen guten Start und hoffen, dass wir gemeinsam bald die ersten Verbesserungen erreichen können. Wir treffen uns jeden Donnerstag ab 16 Uhr (bis ca. 19 Uhr) im LinksTreff in der Malplaquetstraße 12 und freuen uns jederzeit über „Zuwachs“.

Arslan Yilmaz
Migrantengruppe Malplaquetstraße

Kommentar

Sponsoring von Bürgerplattformen

Wie in dieser Ausgabe berichtet, fand die Gründung einer Wedding-Moabiter Bürgerplattform breite Beachtung. Der Wille der Bürgerinnen und Bürger, über ihr alle vier oder fünf Jahre stattfindendes „Kreuzchen machen“ hinaus Politik und damit ihr gesellschaftliches Leben emanzipatorisch mitzugestalten, ist ein richtiges und wichtiges Signal an „die da oben“. Leider hat die größte Bürgerplattform in Deutschland einen schweren Geburtsfehler. Sie wird von zahlreichen Unternehmen gesponsert.

Wikipedia beschreibt den Sinn und die Motivation von Sponsoring ebenso zutreffend wie deutlich: „Unter Sponsoring versteht man die Förderung von Einzelpersonen, einer Gruppe von Menschen, Organisationen oder Veranstaltungen, durch eine Einzelperson, eine Organisation oder ein Unternehmen, in Form von Geld-, Sach- und Dienstleistungen mit der **Erwartung**, eine die eigenen Marketingziele unterstützende **Gegenleistung** zu erhalten.

Sponsoring wird von Unternehmen (den Sponsoren) zum Zweck des Marketings, der Kommunikation, insbesondere der Kommunikationspolitik des Marketing betrieben. Neben der Förderung des Empfängers gilt als Ziel regelmäßig auch, auf das eigene Unternehmen aufmerksam zu machen. Sponsoring wird von Unternehmen – den Sponsoren – als Marketinginstrument genutzt und ist Teil der Werbung- oft auch der grundsätzlichen Unternehmenspolitik.“

Eine Bürgerplattform, die dazu dienen soll, Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu bieten, muss frei sein. Und damit natürlich auch frei von finanzieller Abhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen, egal welcher Form, um Interessenskonflikte zu vermeiden. Wenn die jetzt gegründete Plattform verlautbart, eine ihrer obersten Prämissen sei, unabhängig zu agieren – Sponsoren und Politiker hätten keinerlei Einfluss auf die Arbeit und Zielsetzung der Plattform, so sei ihnen gesagt, dass dieser fromme Wunsch

ganz schnell von der Realität eingeholt wird, wie man in der Politik immer wieder sieht. Ein Grundübel unserer parlamentarischer Demokratie in der Bundesrepublik ist das fehlende Verbot von anderweitigen Einnahmen unserer Bundesabgeordneten. Wenn ein Abgeordneter mehrere Aufsichtsratsposten bei der Privatwirtschaft inne hat und Beraterverträge mit solchen Unternehmen ein Vielfaches seines Einkommens durch Diäten ausmachen, ist er nicht frei in seinen Entscheidungen. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Niemand wird ernsthaft behaupten, der Bundestag sei in seinen Entscheidungen frei von Lobby-Interessen.

Zur Finanzierung von Bürgerplattformen sollten ausschließlich öffentliche Gelder genutzt werden, und zwar nur solche, die per Gesetz solchen Einrichtungen zustehen, um nicht Gefahr zu laufen, einen freiwilligen Zuschuss beispielsweise des Senats wieder gestrichen zu bekommen, wenn dem Senat missliebige Aktionen durchgeführt werden.

Ohnehin ist zur Zeit noch wenig zu erkennen, was denn die Zielsetzung der Plattform überhaupt ist. Bei dem Großaufgebot an Politprominenz ist hier eher Skepsis angebracht. Da bleibt zu hoffen, dass die Namensgleichheit mit der neoliberal-konservativen polnischen Partei (Platforma Obywatelska) reiner Zufall ist.

Werner Schulten
DIE LINKE im Wedding

Kiezübergreifende Gemeinschaftsschulen können Probleme lösen

Weddinger Kinder sind nicht dümmer

Das Gebiet des heutigen Brunnenviertel wurde noch vor 200 Jahren landwirtschaftlich genutzt. Daran erinnern heute noch die Acker- und die Gartenstraße. Durch die rasante Industrialisierung des Berliner Umlandes im 19. Jahrhundert wurde Wohnraum für die verarmten Arbeiterfamilien in Berlin immer dringender. An der Brunnenstraße siedelte die AEG, in der Liesenstraße entstand die Lokomotiv-fabrik der Eisengießerei und Maschinen-Fabrik Schwartzkopff. Direkt an diesen Großbetrieben wurden die Wohnquartiere der Arbeiterfamilien gebaut. Die Wohnungen – besser die Mietskasernen – waren in einen erbärmlichen Zustand, hatten keinerlei Standards. In den Häusern gab es in der Regel kein Bad und die Toiletten befanden sich auf halber Treppe. So hatte der „Meyer's Hof“, eine der berühmten Berliner Wohnkasernen, die im Jahr 1972 im Rahmen der Sanierung des Brunnenviertels abgerissen wurde, sechs Hinterhöfe. Die berühmten Zeichnungen von Heinrich Zille, welche die soziale Lage der Berliner Unterschichten zeigte – illustrierten deutlich auch die Lage der Menschen im Brunnenviertel.

Heute ist das Brunnenviertel vom Sozialwohnungsbau der 70er und 80er Jahre geprägt. Das eigentliche Brunnenviertel liegt auf beiden Seiten der

Brunnenstraße. Mit etwa 20.000 Menschen ist es ein dicht besiedelter Stadtteil von Berlin. Im Kiez östlich der Brunnenstraße leben heute etwa 8 000 Menschen. Lange Zeit war das Brunnenviertel ein Wohnort für Weddinger Arbeiter- und Angestelltenfamilien und gehörte zum „roten Wedding“. Seit den 60er Jahren veränderte sich das Gesicht des Viertels. Viele Menschen mit Migrationshintergrund zogen in das Viertel. Heute ist der Bereich um die Brunnenstraße ein interkulturell spannender und vielschichtiger Wohnkiez.

Das Brunnenviertel ist geprägt von Mietwohnungen im typischen Stil der 70er und 80er Jahre. Alleine die DEGEWO besitzt im Brunnenviertel etwa 5000 Wohnungen. Im östlichen Brunnenviertel gibt es vier Schulen. Die Diesterweg Oberschule an der Swinemünder Straße, die Freie Schule am Mauerpark an der



Wolliner Straße, die Heinrich-Seidel-Grundschule an der Ramlerstraße und die Vineta

Grundschule an der Demminer Straße. Darüber hinaus gibt es acht Kitas bzw. Kinderläden im Kiez.

Das Brunnenviertel gilt als Problemkiez. Eltern als dem benachbarten Prenzlauer Berg weigern sich ihre Kinder in die Schulen im Wedding zu schicken. Der Prenzlauer Berg und der Wedding liegen nur wenige Meter auseinander. Mit der Heinrich-Seidel-Grundschule und der Diesterweg-Oberschule liegen zwei Bildungseinrichtungen direkt neben dem Gleimtunnel – der Verbindung zwischen dem Prenzlauer Berg und dem Brunnenviertel. Das Forschungsinstitut Emirica weist in einer Studie darauf hin, dass das Viertel von vielen Menschen verlassen wurden, weil sie keine ausreichende Integrationschance für ihre Kinder sahen. Hier muss die Stadtplanung im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ansetzen. Weddinger Kinder sind nicht besser – aber auch nicht schlechter – als Kinder aus den Nachbarbezirken. Ihre besondere Situation erfordert aber einen besonderen Integrationsbedarf und zusätzliche Hilfen.

Für die Weddinger LINKE ist es völlig inakzeptabel, dass aus dem Wedding 2/3 weniger Kinder auf das Gymnasium gehen als zum Beispiel aus Pankow. Durch die Schaffung von Gemeinschaftsschulen, die auch kiezübergreifend besucht werden, kann hier Abhilfe geschaffen werden. Im Brunnenviertel haben in fast allen Schulen mehr als 80 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. – Welch ein kreatives und kulturelles Potential für die Stadt! Sie zu vernachlässigen und Zukunftschancen zu verbauen ist unverantwortlich für die Entwicklung der Stadt.

DIE LINKE im Wedding setzt sich für gleiche Chancen für alle Schülerinnen und Schüler – egal ob sie in Wilmersdorf oder im Wedding leben – ein. Weddinger Kinder sind nicht dümmer als Kinder aus anderen Bezirken; sie brauchen nur die gleichen Chancen!

Uwe Hiks

DIE LINKE im Wedding

Ursache und Wirkung

Deutschland hatte 2007 eine Exportquote von 47 % der gesamten Wirtschaftsleistung und liegt damit weit vor allen anderen Staaten. Eine Folge des jahrelangen Politik- und Mediengejammers „Wir sind zu teuer.“ Wobei mit zu teuer natürlich die geleistete Arbeit gemeint war. Diese Kampagne war so erfolgreich, dass Löhne und Gehälter seit vielen Jahren real gesunken und die Erlöse der exportierten Leistung in die Taschen der globalen Roulette-spieler gelandet sind. Jetzt, nachdem auch sie wissen, dass es beim Roulette nur 36 Zahlen gibt, das Geld aber auf die 37 gesetzt wurde, jammern alle in die andere Richtung: Wir haben zu wenig Binnennachfrage! Ja, bitte schön, wo soll die denn herkommen? Jetzt sind die Bestohlenen die Schuldigen, weil sie nichts kaufen?

Werner Schulten

- Anzeige -

Nein zum Krieg -
Ja zum gerechten Handel

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas,
Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke
aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen
Welthandel unterstützen.

www.eine-welt-import.de

fordern Sie unseren Prospekt an:
Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18,
13585 Berlin
e-mail: info@eine-welt-import.de

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -


United Globes

Buddhas

Cubita-Kaffee

Der Schweinetrog (neudeutsch: die Tafel)

Am Trog betrogen

Es gibt ehrenamtlich Tätige, die geben uneigennützig Speisen für Bedürftige aus.

Diese Helfer im humanen Dienst am Menschen wollen wir ehren.

Im Gedanken knien wir nieder.

Und wir ziehen auch den Hut vor ihnen.

Hinter dieselben ehrenamtlich Tätigen müssen wir jedoch ein Fragezeichen setzen!

Sie sorgen in ihrer Unschuld dafür, dass die Saat vom Staat aufgeht, nämlich dass sich der trickreiche Staat immer mehr aus der im Grundgesetz festgeschriebenen sozialen Verantwortung stiehlt.

Das erfüllt uns Mitbürger mit Sorge, nämlich

dass der Staat Bedürftige am Schweinetrog abfüttert.

Schweinetrog? Ja, Schweinetrog!

Denn der Bedürftige frisst Abfälle.

Die Verantwortlichen beteuern unentwegt, dass nirgends Schimmel drauf sei.

Das wiederum rührt natürlich an unserem Herzen, wenn Tafelfraß sogar ohne Schimmel angeboten wird.

Dennoch können wir klar erkennen: Der Bedürftige ist schlichtweg chancenlos.

Es gibt all da solche unter ihnen, die eine massive Hemmschwelle zu überwinden haben, wenn sie sich überhaupt erstmalig am



Wie man gleichzeitig eine wirksame Lebensmittelkontrolle garantieren, Arbeitsplätze schaffen und Suppenküchen für Arme einsparen könnte ...

Schweinetrog einfinden wollen.

Sie könnten immerhin dem Nachbarn begegnen - und sie werden ihm begegnen!

Wer s nicht glaubt, der kann es selbst ausprobieren, auch wenn er des Abfalls nicht bedarf.

Einfach hingehen: Fressen und gesehen werden!

All der am Schweinetrog dargebotene Fraß ist knapp vor dem Verfallsdatum, und der Bedürftige, also der zum Schwein deklarierte Mensch, hat keine Wahl, dieses oder jenes Kaufhaus zum Einkaufen zu wählen, respektive diese oder jene Speise auszusuchen, um auch den Kindern zu geben, was sie brauchen, damit sie gedeihen.

Er kann noch nicht einmal von gängigen Geschäftsöffnungszeiten Gebrauch machen: Die Schweinetafel hat nämlich nur selten auf und ein jeder, der an dieser Schweinerei teilnehmen möchte, hat sich auch rechtzeitig in einer langen Schlange einzufinden, wenn er Schwein gehabt haben will, am Elend mitzuzehren.

Anderenfalls kann er mit Gammelkram abziehen, oder eben der Laden hat längst zu.

Dieser Schweinemensch aus der langen Schlange frisst also, was die Kelle gibt.

In Kriegszeiten ist das kein Problem: Da wird gefressen, was die Kelle gibt, denn da geht es um die nackte Haut und um fressen und gefressen werden.

Hier aber in Friedenszeiten und im Wohlstand geht es um Ausgrenzung und um Rausbeißen.

In einer reichen Gesellschaft wird mit dem Finger auf die Tafel gezeigt: DENN DU BIST DAS SCHWEIN!

Wir kennen diesen Slogan längst und sind an ihn gewöhnt; denn unlängst hieß es deutschlandweit von allen Plakaten herab: DENN DU BIST DEUTSCHLAND!

Eine Frau von den Lügen bewacht und behütet den Trog.

Mit Schirmherrschaften wird betrogen.

Menschen nämlich werden um ihre Würde betrogen.

Und der Staat aber schirmt sich ab vor denen, durch die er delegiert wurde.

Wir sprechen es nun aus: In diesem Staat mit nur wenig Gemeinwesen werden Gelder systematisch abgesaugt von unten nach oben.

Die da unten findet man entkräftet und in Abhängigkeit am Schweinetrog, und die da oben sichern sich ihren Besitzstand und ihre Macht.

Wahrlich ich sage euch: Das ist nicht irgendeine Wahrheit, es ist vielmehr die bittere Wahrheit!

Donald Gärtner

Aktionsbündnis 'Potsdam gegen Hartz IV'



Wohnen und leben im Kiez - Integration im Sprengelkiez

Der lebendige Adventskalender öffnet auch 2008 wieder seine Türen

Nun schon im 6. Jahr, findet in unserem Kiez „Der Lebendige Adventskalender“ statt. Vom 1. bis zum 24. Dezember 2008 geht jeden Tag irgendwo im Sprengel-Kiez mindestens eine Tür auf, und die Nachbarinnen und Nachbarn sind eingeladen, ein kleines Geschenk mitzubringen, einzutreten und sich überraschen zu lassen.

Insgesamt öffnen sich in diesem Jahr 33 Türen zu unterschiedlichen Zeiten.

was zum jüdischen Lichterfest Chanukka erfahren.

Dieses Jahr öffnen 4 türkische Familien und

In der Osterkirche gibt es am 05.12. ab 20.00 Uhr ein Konzert mit Robert & Friends und anschließend wird im „Ufer Cafe“ in den Nikolaus hineingefeiert.

EINLADUNG



im SprengelKiez

eine arabische Familie ihre Türen und laden uns ein, sie und ihre Kultur kennen zu lernen.

Zum ersten mal öffnet auch ein afrikanischer Nachbar seine Wohnungstür, um uns Weihnachtsbräuche aus Afrika näher zu bringen.

Im SprengelHaus können wir am 22.12 et-

Am Samstag, den 13.12. laden Wolfgangs Freunde zum Gedenken an Wolfgang ins SprengelHaus ein.

Zwei Projekte, „Frauentee“ (15.12.) und „Arbeitslose helfen Arbeitslosen“ (10.12.) stellen sich vor und laden ein vorbeizukommen.

Mary und Mandy, zwei Liedermacherinnen, seit August Neubürger im Sprengelkiez, fanden die Idee vom lebendigen Adventskalender so gut, das sie sofort mit machen wollten, und am 24. 12.zu sich einladen.

Den Abschluss macht am 24.12. um 23.00 Uhr die Osterkirche mit einer Mitternachtsmesse.

Es gibt Neues und uns Bekanntes, für jeden von uns sollte etwas dabei sein.

Wir hoffen, viele von euch neugierig gemacht zu haben, und dass wir uns in der Adventszeit

an vielen Türen im Kiez treffen und kennen lernen werden.

Ziel der Veranstaltung ist, aus Unbekannten Bekannte zu machen, damit das Leben im Kiez sympathischer wird.“ Menschen sind ja wie



Die Frauen und Mädchen von Akelei beim Falten der Flyer

Bücher: man muss die schlechten Seiten umblättern, um zu den guten Seiten zu gelangen. Dazu muss man sich Zeit nehmen. Es lohnt sich“. (Klaus Wolfermann)

Gefördert wird das Projekt auch dieses Jahr vom QM Sparrplatz (QF 1) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aus dem Programm „Soziale Stadt“. Es wird getragen und organisiert vom Kiez-Rat, der Freiwilligenagentur und dem Projekt „Arbeitslose helfen Arbeitslosen“. Um die Anwerbung der Gastgeberinnen und Gastgeber kümmerte sich auch in diesem Jahr Klaus Wolfermann. Den Flyer der Gastgeber gestaltete Erhard Bartels von AhA, die Verteilung der Flyer und das Anbringen der Plakate werden von der Freiwilligenagentur und „Arbeitslose helfen Arbeitslosen“ durchgeführt. Die Frauen und Mädchen von Akelei haben den Flyer gefaltet.

Dieses Jahr wird das komplette Programm auch im Kiezboten abgedruckt.

Auch werden in diesem Jahr viele Fotos gemacht, die es dann im Sprengelkiez-Fotoalbum im Internet zu sehen gibt.

Siemen Dallmann

<http://www.fotos.web.de/siedall>

Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)

Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

Wir freuen uns über Kritik, Anregungen und ganz besonders über Leserbriefe

Anzeigenpreise

1/2 Seite 40,00 Euro

1/4 Seite 25,00 Euro

Abschlussrabatt

6 Ausgaben 10 %

12 Ausgaben 20 %

Auflage: 6.000 Exemplare

Vom richtigen oder falschen Umgang mit Geld

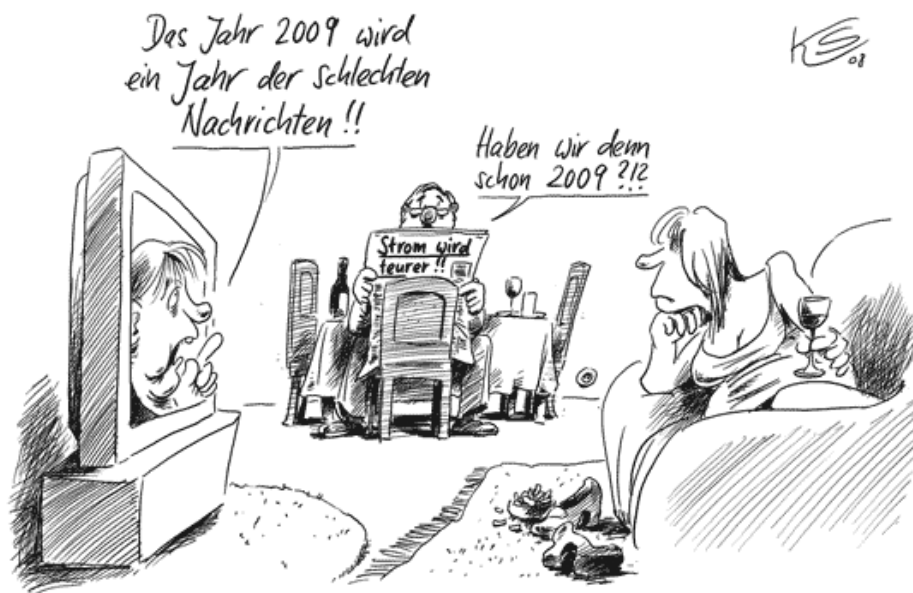
Geld stinkt nicht – oder doch?

Nach landläufiger Ansicht können Linke nicht mit Geld umgehen. Ihre Politik ende stets in einem Schuldenberg. Doch auch Helmut Kohl hat die Einheit auf Pump finanziert und die Berliner Schulden von rund 70 Milliarden Euro hat uns eine große Koalition hinterlassen. Angesichts von Finanz- und bevorstehender Konjunkturkrise ist nun wieder viel vom Schuldenmachen die Rede.

Gegen Schulden spricht, so heißt es, dass sie unsere Kinder bezahlen müssen. Aber schon heute bezahlen wir Zins und Tilgung für Bundes- oder Länderschulden. Kurzfristig profitieren davon jene, die die Wertpapiere kaufen, die diesen Schulden zugrunde liegen. Und das sind vor allem Menschen aus der gehobenen Mittelschicht und der Oberschicht. Zah-

Schuldenmachen ist deshalb eigentlich nur angebracht bei einem bestimmten Typus von Konjunkturkrise, die auf einem plötzlichen Nachfrageausfall beruht. Ansonsten beruht es auf der Feigheit, irgendwelchen Gruppen Steuererhöhungen oder Einsparungen nicht zuzumuten zu wollen. Aber auch bei einem Nachfrageausfall gibt es eine Alternative, wenn – wie derzeit in der Bundesrepublik – die Sparquote hoch ist. Dann kann man durch steuerpolitische Maßnahmen Geld von oben nach unten verteilen, etwa indem man die Steuern für Großverdiener erhöht und dafür die Leistungen für die Armen erhöht. Denn die Armen sparen nicht, sondern geben das Geld gleich wieder aus. Dadurch sinkt die Sparquote, während die Nachfrage steigt. Die Wirtschaft springt an.

Auch eine zu niedrige Sparquote kann ein Problem sein – wie derzeit in den USA. Dann kann der heimische Kapitalmarkt nicht mehr genug Geld für Investitionen zur Verfügung stellen. Man wird vom Kapitalimport abhängig. In der Konjunkturkrise bleibt nur der Weg in die Verschuldung. Aber in Deutschland sparen die Bürger mehr, als die Industrie und Bürger investieren. Die Bundesrepublik exportiert Kapital – vor allem in die USA.



len müssen wir das alle mit unseren Steuern. Deshalb ist dauerhafte Verschuldung immer auch eine Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Wertpapierbesitzern, also letztlich von unten nach oben. Keine verlockende Aussicht für Linke.

Die Steuerpolitik ist in Deutschland vor allem eine Sache der konkurrierenden Gesetzgebung, d.h. es sind sowohl der Bund über den Bundestag als auch die Länder über den Bundesrat beteiligt. Das führt dazu, dass ein

verschuldetes Land wie Berlin, seine Finanzen nur in Kooperation mit dem Bund und den anderen Ländern in Ordnung bringen kann, will es sich nicht kaputtsparen. Selbst an der Steuerschraube drehen kann Berlin praktisch nur bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Biersteuer. Die Erbschaftssteuer oder Teile der Mehrwertsteuer beispielsweise fließen zwar dem Land Berlin zu, sind aber bundeseinheitlich geregelt. Die Möglichkeiten die von Diepgen übernommenen Schulden loszuwerden, sind also beschränkt.

Die Bezirke in Berlin dürfen offiziell überhaupt keine Schulden machen. Sie müssen mit dem auskommen, was ihnen das Land Berlin gnädiglich zuteilt. Wenn ein Bezirk – wie der-

zeit Pankow – ständig Miese macht, droht ihm die Zwangsverwaltung durch den Finanzsenator. Eigentlich sollte aber in einer Demokratie in erster Linie das Wahlvolk über die Wirtschaftlichkeit seiner Gebietskörperschaft befinden. Nur sind in den Berliner Bezirken alle größeren Parteien nach Proporz am Bezirksamt, also quasi der Regierung, beteiligt. Es ist also nie ganz klar, wer verantwortlich ist für schlechte Haushaltsführung. Das politische Bezirksamt mit Regierung und Opposition, wie wir es von Land und Bund kennen, statt des bisherigen sogenannten Konfidenzsystem würde da mehr Klarheit bringen.

Thomas Kilian
DIE LINKE im Wedding

Post schließt Filiale in der Müllerstraße

Folge der Privatisierung

Die Bewohner am Schillerpark und im Afrikanischen Viertel müssen sich auf längere Wege einstellen. Die Deutsche Post AG hat die Filiale Müllerstraße 48 geschlossen und einen Umzug hinter den Leopoldplatz vorgenommen. Damit ist dem nördlichen Wedding eine wichtige öffentliche Einrichtung genommen worden.

Für die Entwicklung der nördlichen Müllerstraße ist dies ein schwerer Rückschlag, da hierdurch die bereits heute schon schwierige Situation für die Einzelhandelsgeschäfte durch die Verlagerung der Laufkundschaft der Post noch verschlechtert wurde. Gerade auch für ältere Bewohner in der nördlichen Müllerstraße und die Bewohner des Paul-Gerhard-Stiftes war die Postfiliale in der Müllerstraße 48 eine wichtige Einrichtung, die sie fußläufig gut erreichen konnten.

Die Pläne der Deutschen Post AG sind in

keiner Weise akzeptabel. Es zeigt sich auch an dieser Stelle, dass die Forderungen der Weddinger LINKEN nach einer Rücküberführung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum wichtiger denn je sind.

Wenn auf eine Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung die Zuständigen lapidar mitteilen, dass die Post ein privates Unternehmen sei, das seine Standortentscheidungen selbst treffe, macht es deutlich, wie falsch die Privatisierung der Post war. Nicht engstirnige betriebswirtschaftliche Entscheidungen von Vorständen einer Aktiengesellschaft dürfen über die Entwicklung von Einrichtungen wie Post, Bahn, Wasser oder ÖPNV entscheiden, sondern demokratisch gewählte Gremien wie Bundestag, Bezirksverordnetenversammlung oder Abgeordnetenhaus.

Uwe Hiks
DIE LINKE im Wedding

Weddinger Anträge werden im Gesamtbezirk angenommen

Für besseres Leben im Bezirk

Auf Antrag der LINKEN im Wedding fasste die Hauptversammlung der LINKEN im Bezirk Mitte am 08. November folgende Beschlüsse (auszugsweise):

AV Wohnen

Die Hauptversammlung des Bezirks Mitte der LINKEN fordert die Fraktion der LINKEN und die Vertreter der LINKEN im Senat auf, einer Verschärfung der AV-Wohnen entgegenzutreten. Die einjährige Karenzzeit für Hartz IV-Empfänger, bevor sie sich eine Wohnung suchen müssen, die nur eine vorgeblich angemessene Miete kostet, muss erhalten werden. Vielmehr ist darauf hinzuwirken, dass die Obergrenzen der AV-Wohnen für eine angemessene Wohnung den steigenden Mieten angepasst werden. Insbesondere ist den extrem gestiegenen Nebenkosten Rechnung zu tragen.

Streik im öffentlichen Dienst

Der Bezirksverband Mitte solidarisiert sich mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes. Die LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaft ver.di an den Senat in Berlin sich den Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes nicht zu verschließen.

Gegen pro Reli

Berlin ist eine interkulturell vielfältige Stadt. Gerade in einer solchen gesellschaftlich unterschiedlichen und sich gegenseitig auch inspirierenden Vielfalt ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichsten humanistischen oder religiösen Traditionen gemeinsam über Ethik und

Moral diskutieren und sich die Geschichte und das Wissen über die verschiedenen Religionen und Philosophien gemeinsam erarbeiten. In Berlin gibt es über 120 verschiedene Religionen und Weltanschauungen. Ziel einer fortschrittlichen Bildungspolitik sollte darin bestehen, dass sich diese unterschiedlichen Glaubens- und Denktraditionen kennenlernen und gegenseitig akzeptieren. Deshalb ist der heute für alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 10 gemeinsam durchgeführte Ethikunterricht der richtige Weg.

DIE LINKE im Bezirk Berlin-Mitte wird sich aktiv gegen das Volksbegehren von „Pro Reli“ einsetzen. Mit unterschiedlichen Veranstaltungsformen wird sie mithelfen, über die Nachteile des Volksbegehrens von „Pro Reli“ aufzuklären.

Unterstützung des KITA-Volksbegehrens

1. Der Bezirksverband Mitte unterstützt die Inhalte des vom Landeselternausschuss Berliner Kindertagesstätten (LEAK) initiierten Volksbegehren „Kitakinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin“ und bittet alle seine Mitglieder mitzuhelfen, damit die Forderungen des Volksbegehrens schnellstmöglich umgesetzt werden können.

2. Der Bezirksverband Mitte bittet seine Vertreterinnen und Vertreter im Abgeordnetenhaus sich für die vorgeschlagenen Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes einzusetzen. Hierfür sollen Initiativen für eine Gesetzesänderung erarbeitet werden, die eine frühere und individuellere Förderung der Kinder, besonders bei der Sprachentwicklung, ermöglicht.

Gründung linksjugend „Roter Wedding“

Jung, willig, rot

Links, links, links, links!

Die Trommeln werden gerührt!

Links, links, links, links!

Der Rote Wedding marschiert!

So die ersten Zeilen des Arbeiterliedes „Roter Wedding“. Die Melodie stammt von Hanns Eisler und der Text von Erich Weinert. Das Lied war eine Reaktion auf den Blutmai von 1929, bei dem Polizisten ein Gemetzel in den Berliner Arbeitervierteln Wedding und Neukölln anrichteten. Auch fast 80 Jahre nach dem Blutmai strahlen die Wörter „Roter Wedding“ noch genügend Anziehungskraft aus. Denn das Thema Namensgebung wurde bei der neu gegründeten linksjugend [‘solid] Wedding innerhalb von Sekunden abgehakt. Völlig ohne Diskussion eigneten sich die zehn Jugendlichen, die sich am 15. November im Linkstreff zur Gründung der neuen Linksjugend einfanden, auf den Namen „linksjugend Roter Wedding“. Unter den Anwesenden auch Karin Schnetzinger von der linksjugend [‘solid] Mitte und Bundessprecherin der Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Schnetzinger begrüßte ausdrücklich den Elan der jungen Menschen, die sich nun in der „linksjugend Roter Wedding“ organisiert haben.

Politik ist für viele junge Menschen wenig attraktiv. Genau daran will die Linksjugend Wedding arbeiten und wieder mehr junge Menschen für politische Fragen und Themen interessieren. Dies soll vor allem durch die richtige „Ansprache“ gelingen. So plant die

linksjugend derzeit eine Gründungsparty im Wedding, um die neue Jugendorganisation im Kiez bekannt zu machen und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Party soll im März 2009 stattfinden und es sollen vorrangig Weddinger Bands und Künstler eingebunden werden. Und da Breakdance und HipHop bei Weddinger Jugendlichen hoch im Kurs stehen, wird natürlich genau das unter anderem auf der Party zu

**Solidarität
ist die Zärtlichkeit
der Völker.**

Ernesto Che Guevara



sehen sein. Die Gründungsparty ist natürlich nur ein erster Schritt, perspektivisch wollen die Jugendlichen viele weitere Aktivitäten wie Straßenfeste, Fußballturniere, Konzerte und natürlich auch politischen Veranstaltungen wie Diskussionsrunden im Wedding und für Weddinger organisieren.

Bleibt den jungen Menschen nur zu wünschen, dass sie ihren Elan nicht verlieren, so dass künftig vielleicht eine weitere Zeile aus dem Arbeiterlied „Roter Wedding“ zutreffen möge: „Hier wird nicht gemeckert, hier gibt es Dampf!“

Robert Krüger-Kassissa
linksjugend.solid Roter Wedding

Das Krematorium

In der Gerichtstraße lokalisierte Heinrich Zille die Szenerie einer seiner bitter-bösesten Zeichnungen. Zu sehen ist ein ärmliches Zimmer, darin eine Heimarbeiterin und am offenen Fenster ein Junge, so unterernährt wie sie: „Erwin, mach's Fenster zu, meine Arbeit wird rußig!“ – „Ach Mutta, det riecht heite wieder mächtig fein nach den fettigen Rooch von's Krematorium.“

Nach den Fotos von Meyer's Hof in der Ackerstraße, die im Mittelstufen-Geschichtsbuch das Arbeiterelend im Kaiserreich illustrierten, war diese Zeichnung das Erste, was ich aus dem Wedding zu sehen bekam. Zwanzig Jahre später käme ich vielleicht selbst in den Genuß der fettigen Zugabe - wäre das Krematorium an der Gerichtstraße 37/38 nicht seit 1993 mit hochmodernen neuen Verbren-

nungen von Berliner Leichen auch außerhalb der Stadt zuzulassen. Da die Krematorien im Umland wesentlich preisgünstiger arbeiten, etablierte sich der sogenannte Leichentourismus, und 2003 kam aus Rentabilitätsgründen das Aus für das Weddinger Krematorium.

Geblieden ist ein eindrucksvolles Bauensemble, dem man sich über den langgestreckten Vorplatz wie einer Totenburg in einem romantischen Bühnenbild nähert. In

ihrer Grundstruktur nimmt die Anlage den Ernst frühklassizistischer Grabbauten auf. Doch fast heiter wirkt die eher an barocker Palaisarchitektur orientierte, lebhafteste Abstufung der Baukörper, die durch die beschwingten Dachformen noch betont wird. Dieses erste Krematorium Berlins entstand in den Jahren 1909-1913 nach Plä-



Foto: Rolf Engelbart

nungsöfen samt Rußfiltern ausgestattet, kurz nach Abschluss der Arbeiten aber stillgelegt worden. In der Euphorie der frühen Neunziger hatte man mit einem rapiden Bevölkerungszuwachs in Berlin gerechnet, der logischerweise auch zu einem Anstieg der Sterbefälle geführt hätte. Dazu die jährliche Steigerungsrate des Feuerbestattungsanteils um 1%... Es wurden also fast 14 Millionen Euro investiert, davon 10 in eine unterirdische Kühlanlage für 800 Leichen.

Weniger logisch war die fast gleichzeitige Entscheidung des Berliner Senats, Verbren-

nen von William Müller. Da die Leichenverbrennung in Preußen erst 1911 legalisiert werden sollte, wurde zunächst nur eine Feier- und Urnenhalle erbaut. Sie enthielt jedoch schon die Voraussetzungen für den Einbau einer Verbrennungsanlage. 1912 fand hier die erste Einäscherung statt. Die kupferne Laterne, die sich auf der Spitze des achteckigen Zentralbaus mit der Feierhalle erhebt, folgt einem Vorbild aus der französischen Revolutionsarchitektur. Sie war ursprünglich die Mündung des Schornsteins, und es ist gar nicht unwahrscheinlich, dass der Rauch von

hier aus gegen die Obergeschosse der umliegenden Mietshäuser wehte; der rückwärtige, höhere Schornstein in Form eines Obeliskens wurde erst Jahre später errichtet. Die siebzehn Meter hohe Feierhalle ist seit der Schließung nicht mehr zugänglich. Weiterhin geöffnet sind die zweigeschossigen Kolumbarien (Urnenhallen) in den Flügelbauten, die einen ebenfalls achteckigen Vorhof umfassen. Den Zugang bildet ein eisernes, von steinernen Greifen bewachtes Tor. In den Kolumbarien stehen die Urnen in offenen Wandnischen. Auch der sich anschließende Friedhof, der auf einen um 1820 angelegten kommunalen Armenfriedhof zurückgeht, ist Urnenbegräbnissen vorbehalten.

Anders als in den meisten heutigen Fällen wurde die Feuerbestattung seinerzeit nicht aus finanziellen, sondern aus Gründen schichtspezifischer Programmatik gewählt. Es waren überkonfessionelle, liberale bis antiklerikale Kreise vornehmlich des Groß- und Bildungsbürgertums, die die Einführung der Kremation betrieben, allerdings auch im Hinblick auf den Platzbedarf des traditionellen Erdbegräbnisses und seine hygienischen Risiken. Preußens Legalisierung der Einäscherung war überfällig, nachdem im liberaleren Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha bereits 1878 die erste legale Leichenverbrennung stattgefunden hatte.

Schon seit 1874 gab es in Berlin den Verein für Feuerbestattung, der nach der Jahrhundertwende so zahlungskräftig war, dass er das Weddinger Krematorium realisieren konnte, um es nach der Zulassung an die Stadt Berlin zu

veräußern. Mitten im Arbeiterbezirk Wedding entstanden prominente Grablegen, darunter diejenigen des Mitbegründers der Dresdner



Foto: www.heimatsammlung.de (Historische Fotos)

Bank, Eugen Gutmann, des Staatsrechtlers Hugo Preuß, der die Weimarer Verfassung entwarf, und des Bildhauers Louis Touaillon.

Die Kremation mit dem 1878 patentierten „Siemensofen“ entsprach nicht nur ästhetischen Anschauungen und hygienischen Interessen, sie bedeutete auch die Industrialisierung der Leichenbeseitigung. Nahezu unvermeidlich ist die Assoziation der Krematorien von Auschwitz. Zwischen 1933 und 1945 waren auch die Weddinger Öfen Teil des Vernichtungssystems: Die Leichen zahlreicher ermordeter Regimegegner wurden hier beseitigt, teils nach Erdbegräbnis und Exhumierung - und vor Verstreuung ihrer Asche über die Rieselfelder weiter im Norden.

Fazit: Ein dialektischer Ort, dieses hygienische Palais der Toten. Etwas teuer, aber dafür völlig emissionsfrei. Misstraut euphorischen Prognosen! Was das Fett angeht: Die Armen sind nicht mehr dünn, und der Ruß wird jetzt in Brandenburger Hütten gewittert.

Rolf Engelbart

Bürgerangebote

LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete

jeden 1., 2. und 3. Mittwoch 17-19.00 Uhr
durch RAe René Wenker, Karl Schwarz und Michael Groß

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnentreff
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit
dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation
der LINKEN im Wedding
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

Veranstaltungen

LinksTreff

Kult(ur) am Sonntag

Sonntag, 21. Dezember 08 18.00 Uhr

Aufführung des legendären Arbeiterfilms „**Kuhle Wampe**“
mit **Erwin Geschonneck**

Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck
herausgegeben vom LinksTreff
Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff
Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347
Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de

web: www.linkstreff.de

uff'n wedding

wünscht allen Leserinnen und Lesern
ein gesundes und erfolgreiches

2009